

Österreich: Homophober Christ führt «Anti-Homo-Pension»

In der Pension "M-Quartier" in Aggsbach Markt sind homosexuelle Gäste unerwünscht. Man wolle nichts mit "AIDS oder Syphilis zu tun haben", heisst auf der Website. Die Antidiskriminierungsstelle ist machtlos.



In Niederösterreich vermarktet sich eine Zimmervermietung als "Anti-Homo-Haus". "Mit Homosexualität, Pädophilie und Gender-Ideologie wollen wir nichts zu tun haben", heisst es in der Hausordnung des "M-Quartier" in Aggsbach Markt. "Diese Philosophien und Praktiken zerstören die seelische Gesundheit aller Betroffenen." Zuerst hatten die "Niederösterreichischen Nachrichten" (NÖN) darüber berichtet.

Das "Arbeiter-Monteur-Quartier mit dem Komfort von zu Hause" geht auf seiner Website unter dem Punkt "Warum wir ein Anti-Homo-Haus sind" ausführlich auf die hasserfüllte Gästepolitik ein. Die Selbstbezeichnung sei eine Reaktion auf die Gründung der Rosa Lila Villa in Wien und die zunehmende Akzeptanz queerer Menschen in der Gesellschaft. "Die LGBT Lobby hat über die Jahre gut gearbeitet, denn Firmen und Institutionen geben lieber nach, als sich Ärger einzuhandeln", heisst es dort. "Durch unwahre Darstellungen, Mobbing, ja sogar mit Gewalt wurde ein Umdenken in der Gesellschaft erreicht. Was früher als krank und abscheulich galt, ist heute salonfähig."

Besitzer: Ausschluss hat "gesundheitliche Hintergründe"

Gegenüber den "Niederösterreichischen Nachrichten" verteidigte "M-Quartier"-Besitzer Michael Hirschmann den Ausschluss lesbischer und schwuler Gäste. Die Massnahme habe keine diskriminierende Intention, sondern "gesundheitliche Hintergründe", behauptete der gebürtige Wiener, der sich selbst als gläubigen Christen und Homosexualität als "Krankheit" bezeichnete.

Die Homosexuelle Initiative Wien (HOSI) kritisierte das "Anti-Homo-Haus" gegenüber der Regionalzeitung als "ein neues Extrem". Vorstandsmitglied Ann-Sophie Otte sieht jedoch rechtlich keine Handhabe gegen die Pension, weil "wir in Österreich leider keinen vollumfassenden Diskriminierungsschutz haben". Tatsächlich kann die Antidiskriminierungsstelle von Niederösterreich nur bei Verstössen gegen Landesgesetze tätig werden. Dies ist jedoch bei Privatzimmervermietungen nicht der Fall.

Bürgermeister löscht "M-Quartier" von Gemeinde-Website

Auf seiner Homepage sieht sich das "M-Quartier" unterdessen selbst als Opfer von Diskriminierung. "Weil wir aber Homosexualität ablehnen und nichts mit AIDS oder Syphilis zu tun haben wollen, wurden wir bis 2019 von sämtlichen Buchungsplattformen gesperrt", heisst es dort neben zahlreichen Verschwörungstheorien.

Als Reaktion auf die Recherche der NÖN wurde das "Anti-Homo-Haus" nun auch im Unterkunftsverzeichnis der offiziellen Gemeinde-Website gelöscht. "Das ist starker Tobak", begründete Bürgermeister Josef Kremser (ÖVP), der zuvor nichts von der menschenfeindlichen Gästepolitik gewusst habe, die Massnahme. "So etwas geht gar nicht."

Nachtrag: Forderung nach Diskriminierungsschutz wird lauter

Politiker*innen und Aktivst*innen in Österreich fordern nach Bekanntwerden dieses Diskriminierungsfalles in Niederösterreich eine Ergänzung des Gleichbehandlungsrechts. Hintergrund ist die Hausordnung der Pension "M-Quartier", die eine Tirade gegen queere Menschen enthält und Homosexuelle zu unerwünschten Personen erklärt.

"Juden*Jüdinnen oder Schwarzen die Beherbergung verweigern? Das wäre zu Recht verboten", erklärte etwa die LGBTI-Organisation HOSI Wien auf Twitter. "Das gleiche Prinzip wird legal, wenn es gegen Lesben, Schwule oder Bisexuelle geht. Das ist absurd. Wir brauchen endlich vollen Diskriminierungsschutz."

Der queerpolitische Sprecher der grössten Oppositionspartei im Nationalrat zeigte sich empört – und forderte eine Reaktion von Schwarz-Grün: "Dieser grausliche Fall zeigt einmal mehr, dass die Bundesregierung handeln und den Diskriminierungsschutz endlich gesetzlich verankern muss", so der Sozialdemokrat Mario Lindner. "Wir können und dürfen nicht akzeptieren, dass mitten in Österreich ein Hotel als 'Anti-Homo-Haus' wirbt und sexuelle Orientierung mit HIV gleichsetzt – das ist absolut inakzeptabel!"

Bislang gibt es in Österreich nur einen halbherzigen Diskriminierungsschutz für queere Menschen: Zwar sind sie gegen Ungleichbehandlung im Arbeitsrecht geschützt, nicht aber gegen Diskriminierung im Zivilrecht wie etwa beim Zugang zu Dienstleistungen. Hier dürfen nur Menschen wegen ihrer Hautfarbe, nationalen oder ethnischen Herkunft, des religiösen Bekenntnisses oder einer Behinderung nicht diskriminiert werden, queere Menschen sind aber ausgenommen.

FDP wollte auch in Deutschland Diskriminierung von Schwulen und Lesben erlauben

In Deutschland ist dieser Schutz etwa 2006 im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verankert worden, das damals mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen beschlossen worden war. Nur die FDP wollte eine 1:1-Umsetzung nach Europarecht erreichen, was auch in Deutschland zu einer Situation geführt hätte, wie sie jetzt in Österreich existiert.

Eine Reform des Diskriminierungsrechts ist dort bislang vor allem am Widerstand der seit 1987 fast ununterbrochen mitregierenden christsozialen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gescheitert. Der gegenwärtige grüne Koalitionspartner würde jedoch gerne auch queere Menschen vor Diskriminierung schützen. So erklärte die seit 2019 mit einer Frau verheiratete grüne Nationalratsabgeordnete Ewa Ernst-Dziedzic, dass das augenblickliche Recht "untragbar" sei. "Ratet mal, wer das blockiert?", so Ernst-Dziedzic.

In punkto Queerpolitik konnten die Grünen aber bislang gegen die ÖVP nichts durchsetzen. Ganz im Gegenteil: Der grüne Gesundheitsminister Rudolf Anschober verteidigte aktiv sogar das Blutspende-Verbot aufgrund der sexuellen Orientierung und behauptete, dies sei keine Diskriminierung. Vor einem Jahr stimmte die grüne Fraktion im Parlament gegen einen Antrag auf Gleichstellung bei der Blutspende.

Die augenblickliche Situation stärkt den Betreiber des "Anti-Homo-Hauses", der in der Presse seine queerfeindliche Haltung verteidigt. Gegenüber dem ORF bekräftigte er etwa, dass Homosexualität etwas Unnatürliches und nicht gottgewollt sei. Als Christ könne er die gleichgeschlechtliche Liebe nicht mit seinem Glauben vereinbaren. Zudem zeigte er sich sauer darüber, dass er wegen der "Lobby der Homosexuellen" von allen Buchungsplattformen gestrichen worden sei.